



«Es ist nicht fertig, sicher nicht fertig»!

Die Bewegung MASS-VOLL! nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Bundesrat heute endlich dem Druck der Bürgerrechtsbewegung gefolgt ist, und einen Grossteil der menschenverachtenden und verfassungswidrigen Zwangsmassnahmen dorthin befördert, wohin sie hin gehören: Auf den Müllhaufen der Geschichte.

Wir erwarten, dass die noch weiter bestehenden Zwangsmassnahmen, insbesondere die illegitime und unsinnige Maskenpflicht im Öffentlichen Verkehr, ebenfalls sofort und bedingungslos aufgehoben werden.

Zwei Jahre lang befeuerten Panik-Medien, Bundesrat, "Experten" und Verwaltung eine beispiellose Massenpsychose. Die evidenzlose Politik hat Existenzen vernichtet und unsere Wirtschaft an die Wand gefahren. Von Beginn weg wurden dabei insbesondere die Interessen der Jugend geopfert und schlicht ignoriert.

Ein klares und eindeutiges Urteil ist möglich: Ein freiheitlicherer Umgang mit der Pandemie, wie es z.B. Schweden oder zahlreiche amerikanische Bundesstaaten (z.B. Florida) umgesetzt haben, hat bei deutlich niedrigeren sozialen und finanziellen Kosten bessere medizinische Ergebnisse erzielt als die völlig gescheiterte Politik des Bundesrats. Aus unserer Sicht war dies bei einer rationalen Betrachtung der vorliegenden Fakten bereits spätestens ab Mai 2020 offensichtlich. Eine Mischung aus verantwortungslosen Medien, inkompetenten Beamten und einem Bundesrat, welcher Gefallen an der Macht gefunden hat, hat jedoch von Beginn weg eine rationale und wissenschaftliche Betrachtungsweise verhindert.

Die von Panik und Unwissenschaftlichkeit geprägte Politik der Schweiz hat enorme Schäden angerichtet. Zu den Hauptgeschädigten gehört insbesondere die jüngere Generation, die unter den Folgen der Zwangsmassnahmen besonders gelitten hat (z.B. in Form von entgangenen Bildungschancen, Entwicklungsstörungen, massiven psychischen Problemen, zunehmender Gewalt in den Familien usw.). Auch leiden die Jungen besonders an der medialen Hetze gegen Bürgerrechtler, "Ungeimpfte" und andere Gruppen. Zudem laufen weiterhin politisch motivierte Verfahren gegen Bürgerrechtler. Wir können vor dem



Hintergrund der Ereignisse nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Insbesondere stellen wir die Forderung nach der Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission, wo die Fehler der Behörden, Medien und "Experten" aufgearbeitet werden und die Opfer der Zwangsmassnahmen angemessen Raum erhalten.

Selbstverständlich werden wir auch weiterhin eine aktive Rolle spielen. Auch stehen wir in Solidarität zu den Menschen im Ausland - insbesondere Deutschland, Österreich und Italien - die sich noch nicht befreien konnten. Wir erwarten, dass die Schweiz diplomatische und materielle Ressourcen für den Freiheitskampf der Bürgerrechtsbewegungen im Ausland bereitstellt, bis auch die dortigen Regimes gefallen sind.

Mit grosser Sorge beobachten wir, wie die Menschenrechtsleugner an den Zwangsmassnahmen festhalten wollen. Der deutsche Gesundheitsminister Lauterbach droht: «Ich rechne fest mit einer neuen Welle im Herbst», in Österreich wird drakonisch gebüsst, wer sich dem Impfzwang widersetzt und in Italien wird die Gesellschaft weiter gespalten: Ungeimpfte ab einem Alter von 50 Jahren erhalten keinen Lohn mehr. Manuel Battegay sagte gestern im SRF Club: «Die Pandemie ist noch nicht vorbei», das BAG investiert 5.5 Millionen CHF in den Ausbau seiner Covid-Plattformen bis 2027, die "besondere Lage" bleibt bestehen und die Taskforce spricht nach wie vor von der Möglichkeit des Impfzwangs. Heute hielt Ignazio Cassis unmissverständlich fest: «Der Bundesrat ist jederzeit bereit, Massnahmen zu prüfen, sollte die epidemiologische Lage es verlangen». Alain Berset drohte: «Es ist nicht fertig, sicher nicht fertig»!

Sollten Bundesrat und das Parlament es wagen, erneut Zwangsmassnahmen einzuführen oder gar die dystopische Zertifikate-Infrastruktur nicht sofort im Inland zurückzubauen, respektive Paragraphen des Covid-Gesetzes zu verlängern, dann werden wir uns dagegen selbstverständlich mit allen friedlichen Mittel zur Wehr setzen. An unseren Forderungen halten wir fest: Eine Erneuerung des politischen Systems der Schweiz: Die Stärkung demokratischer Institutionen, des Rechtsstaates und einen unumgehbaren Schutz unserer Grundrechte. Wir werden so lange kämpfen, bis unsere Grundrechte vollständig wiederhergestellt sind und eine erneute Verletzung unserer Rechte verunmöglicht ist. Dies im sicheren Vertrauen darauf, dass, wer auf der Seite der Freiheit steht, auf der richtigen Seite der Geschichte steht.

Nicolas A. Rimoldi
Präsident Bürgerrechtsbewegung MASS-VOLL!